STARK | GERECHT | NACHHALTIG

Gemeinsam Verantwortung für die Region Hannover

Koalitionsvertrag 2026-2031

SPD REGION HANNOVER

CDU REGIONSVERBAND HANNOVER

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN REGIONSVERBAND HANNOVER

Koalitionspapier

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Christlich Demokratische Union Deutschlands

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

STARK | GERECHT | NACHHALTIG

Gemeinsam Verantwortung für die Region Hannover

Präambel

Die Region Hannover ist unsere gemeinsame Heimat. Sie steht für Vielfalt, wirtschaftliche Stärke, gesellschaftlichen Zusammenhalt und eine hohe Lebensqualität. Mehr als 1,2 Millionen Menschen leben hier in 21 Städten und Gemeinden. Die Region Hannover verbindet die Dynamik einer Großstadt mit den Stärken des ländlichen Raums. Unterschiedliche Lebensentwürfe, wirtschaftliche Strukturen und kulturelle Identitäten prägen ihren besonderen Charakter. Diese Vielfalt ist eine Stärke, die wir bewahren und weiterentwickeln wollen.

Seit ihrer Gründung im Jahr 2001 ist die Region Hannover ein bundesweit besonderes Modell kommunaler Zusammenarbeit. Sie verbindet die Landeshauptstadt und das Umland zu einem gemeinsamen Lebens- und Wirtschaftsraum, ohne die Eigenständigkeit ihrer Städte und Gemeinden aufzugeben. Ihre besonderen Zuständigkeiten und Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen Chancen, Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen und gleichwertige Lebensverhältnisse in der gesamten Region zu schaffen. Diesen erfolgreichen Weg wollen wir gemeinsam mit den Kommunen und den Menschen vor Ort fortsetzen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) und Bündnis 90/Die Grünen übernehmen in der Wahlperiode 2026 bis 2031 gemeinsam Verantwortung für die Zukunft der Region Hannover. Uns verbindet die Überzeugung, dass die großen Herausforderungen unserer Zeit nur durch Zusammenarbeit, gegenseitigen Respekt und die Bereitschaft zum Kompromiss bewältigt werden können. Trotz unterschiedlicher politischer Traditionen und Schwerpunkte eint uns das Ziel, die Region Hannover als lebenswerte, wirtschaftlich starke, sozial gerechte und ökologisch verantwortungsbewusste Region weiterzuentwickeln.

<u>Gemeinsam für eine wehrhafte Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt</u>

Die Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen stehen gemeinsam und uneingeschränkt zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Uns verbinden die Achtung der Menschenwürde, der Schutz von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sowie die Verantwortung für eine offene, vielfältige und solidarische Gesellschaft. Unsere Demokratie lebt vom respektvollen Umgang, vom fairen Wettbewerb der Ideen und von der Bereitschaft zum Kompromiss.

Wir stellen uns jeder Form von Extremismus, Antisemitismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit entschieden entgegen. Insbesondere der Rechtsextremismus stellt eine erhebliche Gefahr für unsere Demokratie dar.

Aus unserer historischen Verantwortung erwächst die Verpflichtung, Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt aktiv zu schützen und zu stärken. Das Versprechen „Nie wieder!“ bleibt dabei Maßstab unseres politischen Handelns.

Menschen im öffentlichen Dienst, in Krankenhäusern und bei den Rettungsdiensten erfahren zunehmend mehr Anfeindungen und Gewalt, bundesweit und auch in der Region Hannover. Die Region steht für eine „Null-Toleranz-Politik“ gegenüber solchen Angriffen. Die Sicherheitsmaßnahmen für die Rettungskräfte in der Region Hannover werden wir daher bedarfsgerecht weiter ausbauen. Nicht erst seit den tragischen Ereignissen in Stade gilt dies in besonderer Art für unsere Mitarbeitenden.

Wir wollen die Zukunft der Region Hannover gemeinsam aus der demokratischen Mitte heraus gestalten. Dabei verstehen wir die Vielfalt unserer Region und ihrer Menschen als Stärke. Unser gemeinsames Ziel ist eine lebenswerte, weltoffene und zukunftsfähige Region Hannover, in der Freiheit, Sicherheit, Respekt und Zusammenhalt das gesellschaftliche Miteinander prägen.

Unsere Koalition

Mit diesem Koalitionsvertrag schaffen wir die Grundlage für eine verlässliche, konstruktive und zukunftsorientierte Zusammenarbeit und suchen gemeinsam nach tragfähigen Lösungen. Maßstab unseres Handelns sind nicht parteipolitische Einzelinteressen, sondern das Wohl der Menschen in der gesamten Region Hannover.

Wir wollen eine Region, die zusammenhält, Chancen eröffnet und Zukunft gestaltet. Eine Region, in der Demokratie gelebt wird, Vielfalt ihren Platz hat und die Menschen auf eine handlungsfähige Politik vertrauen können.

Gemeinsam zeigen wir Haltung und übernehmen Verantwortung – für die Menschen, für unsere Demokratie und für die Zukunft der Region Hannover.

Damit knüpfen wir an die erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahre an. Die Beschlüsse und Zusagen der vorausgegangenen Koalitionen haben grundsätzlich Bestand.

Für die nächsten fünf Jahre widmen wir uns im Schwerpunkt diesen Themen:

Finanzen und Haushalt

Finanzen, Personal und Investitionen

Ausgangslage und Gestaltungsspielraum

Bundesweit sind Kommunen strukturell unterfinanziert. Auch die Region Hannover steht vor der schwierigsten Haushaltslage seit Jahren. Steigende Sozial- und Personalausgaben, hohe Zinslasten und zusätzliche Aufgaben ohne auskömmliche Gegenfinanzierung belasten den Haushalt dauerhaft. Wir handeln verantwortungsvoll und legen einen Haushalt vor, der generationengerecht ist und die Handlungsfähigkeit der Region sichert.

Der größte Teil des Haushalts ist durch gesetzliche Pflichtaufgaben gebunden. Den verbleibenden Gestaltungsspielraum nutzen wir bewusst. Wir setzen Prioritäten und überprüfen Maßnahmen auf Wirkung und Finanzierbarkeit. Neue Vorhaben stehen unter Finanzierungsvorbehalt.

Politisches Profil unter veränderten Rahmenbedingungen

Auch unter veränderten Rahmenbedingungen steht die Region für eine Politik, die den sozialen Zusammenhalt stärkt, die Daseinsvorsorge sichert und die Region wirtschaftlich und ökologisch zukunftsfest macht. Wir konzentrieren uns auf das Wesentliche: eine verlässliche Gesundheits-, Sozial- und Mobilitätsinfrastruktur, gute Bildung und Teilhabe sowie Klimaschutz und Klimaanpassung. Wir setzen auf Effizienz, Digitalisierung und interkommunale Zusammenarbeit, um Qualität und Verlässlichkeit auch mit begrenzten Mitteln zu halten.

Ausgeglichener Haushalt und Konsolidierung

Unser Ziel ist ein ausgeglichener Haushalt. Die Region darf ihre finanziellen Lasten nicht dauerhaft auf kommende Generationen verschieben. Wir gehen die Konsolidierung aktiv an und legen dafür einen verbindlichen Pfad mit jährlichen Zwischenzielen vor.

Wir überprüfen sämtliche Ausgaben auf Notwendigkeit, Wirkung und Wirtschaftlichkeit. Dabei achten wir darauf, wichtige Strukturen der Daseinsvorsorge und des sozialen Zusammenhalts zu erhalten.

Die Ergebnisse der Überprüfung werden transparent dargestellt und mit den politischen Gremien beraten. Über den Fortschritt der Konsolidierung berichtet die Verwaltung regelmäßig, mindestens einmal jährlich, diese fließen in die Haushaltssicherungskonzepte ein.

Regionsumlage

Wir halten den Hebesatz der Regionsumlage im Jahr 2027 stabil. Nach 25 Jahren Region wollen wir den Mechanismus der Finanzierungsstruktur überprüfen, in einer gemeinsamen Kommission mit den Sprecher*innen der Hauptverwaltungsbeamt*innen. Wir stimmen uns frühzeitig und transparent mit den Kommunen ab. Gegenüber Land und Bund setzen wir uns dafür ein, dass übertragene Aufgaben vollständig ausgeglichen werden (Konnexität).

Dazu gehört für uns auch, 25 Jahren nach der Regionsgründung die Aufgabenverteilung zwischen Region Hannover und den regionsangehörigen Städten und Gemeinden zu evaluieren. Dabei gilt für uns das Subsidiaritätsprinzip: Aufgaben von regionsweiter Bedeutung werden auf Regionsebene erledigt, Aufgaben von lokaler Bedeutung übernehmen die Städte und Gemeinden.

Personal

Die Verwaltung der Region Hannover ist Dienstleisterin für die Menschen in der Region, für Unternehmen und für die regionsangehörigen Städte und Gemeinden. Die Beschäftigten in der Regionsverwaltung, aber auch in den Beteiligungsunternehmen arbeiten jeden Tag daran, Daseinsvorsorge und Lebensqualität auf hohem Niveau sicherzustellen.

Die allgemeinen Veränderungen in der Arbeitswelt sind aber auch in der Regionsverwaltung spürbar: der demografische Wandel, der Wettbewerb um Fachkräfte, der technologische Fortschritt und die Anforderungen an eine effiziente, serviceorientierte und digitale Verwaltung werden in den kommenden Jahren auch hier zu grundlegenden Veränderungen führen. Diese Veränderungen begreifen wir als Chance für unsere Beschäftigten, aber auch für unsere Bevölkerung, Unternehmen und Kommunen. Wir wollen diese Veränderungen deshalb gemeinsam mit den Beschäftigten gestalten und sie gleichzeitig nutzen, um bestehende Prozesse zu vereinfachen, Doppelstrukturen abzubauen und insgesamt schneller und effizienter zu werden.

Die Beschäftigten der Region Hannover sind Grundlage einer leistungsfähigen Verwaltung. Die Sicherheit der Mitarbeitenden hat für uns höchste Priorität, wir investieren daher in den Ausbau einer entsprechenden Sicherheitskonzeption.

Der Personalrat wird frühzeitig beteiligt und die Beschäftigten werden gezielt für die digitale Arbeitswelt qualifiziert. Die Region will weiterhin eine attraktive Arbeitgeberin sein. Gerade in technischen Berufen, etwa im Bau- und Gebäudemanagement, bildet die Region verstärkt selbst aus und bietet zukünftig duale Studiengänge an.

Investitionsrahmen

Die Region investiert ein Volumen von mind. 1,2 Milliarden Euro in dieser Wahlperiode in die Zukunft. Einen Schwerpunkt bilden Investitionen in die Bildungsinfrastruktur, insbesondere in die Berufsbildenden Schulen und die Förderschulen, Feuerwehrtechnischen Zentralen sowie das Investitionsprogramm Klima. Wir priorisieren Maßnahmen, die den Bestand sichern, Folgekosten senken und Fördermittel Dritter auslösen. Verfügbare Förder- und Sondervermögensmittel nutzen wir konsequent und stellen die erforderlichen Eigenanteile sicher. Für den Schulbau schaffen wir einen

über mehrere Jahre verlässlichen Investitionsrahmen, der sich an der Priorisierung der Baumaßnahmen ausrichtet. Investitionen in eigene Liegenschaften haben für uns Vorrang vor dauerhaften Mietbelastungen. Den Wert unserer Gebäude erhalten wir durch eine planvolle und vorausschauende Instandhaltung, damit der Sanierungsbedarf nicht weiter anwächst.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Regionsbeteiligungen stärken

Die Beteiligungsunternehmen der Region Hannover leisten einen wichtigen Beitrag zur öffentlichen Daseinsvorsorge und zur wirtschaftlichen Entwicklung unserer Region. Angesichts der angespannten Haushaltslage erwarten wir von allen Unternehmen, an denen die Region beteiligt ist, einen aktiven Beitrag zur Haushaltskonsolidierung, indem sie ihre Strukturen und Prozesse kontinuierlich weiterentwickeln, Synergien nutzen und ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nachhaltig stärken. Dabei verbinden wir wirtschaftliche Verantwortung mit der Sicherung einer hohen Leistungsqualität und guten Arbeitsbedingungen. Unser gemeinsames Ziel ist es, die Unternehmen zukunftsfähig aufzustellen und durch eine wirtschaftlichere Aufgabenwahrnehmung den Regionshaushalt spürbar und dauerhaft zu entlasten.

Soziales

Armutsbekämpfung und Teilhabe

Die Region entwickelt gemeinsam mit den Kommunen eine abgestimmte Strategie zur Armutsbekämpfung. Bestehende Ansätze aus Sozial-, Bildungs-, Wohnungs- und Gesundheitspolitik werden in einem gemeinsamen Prozess gebündelt und zielgruppengerecht (Familien in Armutslagen, Alleinerziehende, Kinder und Jugendliche, die in Armut leben etc.) weiterentwickelt.

Wir wollen Wohnungs- und Obdachlosigkeit verhindern und Menschen in schwierigen Lebenssituationen dabei unterstützen, wieder ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Dafür setzen wir auf frühzeitige Beratung, Hilfe zur Selbsthilfe und eine enge Zusammenarbeit mit den Kommunen und den sozialen Trägern.

Wir wollen die Reichweite der Inanspruchnahme aus dem Paket Bildung und Teilhabe (BuT) im Dialog mit den Kommunen steigern, damit die zur Verfügung gestellten Mittel bei allen Kindern ankommen, die sie wirklich brauchen. Gerade das Jobcenter hat dahingehend eine wichtige Aufgabe für die Region wahrzunehmen. Wo immer möglich sollen hierbei Digitalisierungsprozesse angewandt werden. Ebenso ist Altersarmut ein zunehmendes Problem in der Region Hannover. Deshalb sollen auch geeignete und weiter zu entwickelnde Maßnahmen ergriffen werden, um die Inanspruchnahme von Grundsicherungsleistungen im Alter weiter zu erhöhen.

Inklusion

Wir wollen Inklusion als Querschnittsthema in der Region Hannover stärken. Dabei verfolgen wir einen ganzheitlichen Ansatz, der die unterschiedlichen Lebensbereiche und Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen berücksichtigt. Unser Ziel ist es, Barrieren abzubauen und allen Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Die barrierefreie Mobilität hat für uns dabei eine hohe Priorität.

Darüber hinaus wollen wir den Zugang zu Informationen und Verwaltungsleistungen verbessern – unter anderem durch den verstärkten Einsatz von Leichter Sprache, Gebärdensprache und digitalen Assistenzleistungen sowie durch barrierefreie Verwaltungsgebäude.

Auch inklusive Betreuungsangebote wollen wir ausweiten und bestehende Zugangshürden abbauen. Gemeinsam mit Trägern und Kommunen wollen wir neue inklusive Modelle entwickeln und erproben, um bedarfsgerechte Angebote zu schaffen und die Teilhabe vor Ort zu stärken.

Unser Anspruch ist eine Region Hannover, in der Inklusion von Anfang an mitgedacht und in allen Lebensbereichen selbstverständlich umgesetzt wird.

Schwimmoffensive

Wir wollen, dass jedes Kind in der Region Hannover sicher schwimmen kann. Die Schwimmoffensive hat dazu in den letzten Jahren bereits einen wichtigen Beitrag geleistet. Jetzt wollen wir sie weiterentwickeln. In engem Schulterschluss mit den Kommunen, Regions- und Stadtsportbund, den bisherigen Akteur*innen sowie den Schwimmvereinen wollen wir auch weiterhin zusätzliche Wasserflächen für Schwimmkurse akquirieren und neue Übungsleiter*innen qualifizieren.

Wohnungsbau

Wohnraumförderung und Belegrechte

Das gemeinsame Wohnraumförderprogramm wird gestärkt und im Haushalt abgesichert. Region und Kommunen arbeiten bei der Umsetzung enger zusammen. Die Förderung orientiert sich an sozialen Kriterien und soll mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen sowie Baukosten senken.

Die Region wirbt gezielt für die Vergabe von Belegrechten und erwirbt diese verstärkt, um Frauen nach einem Frauenhausaufenthalt schneller eigenen Wohnraum zu vermitteln und wohnungslosen Menschen selbstständiges Wohnen zu ermöglichen. Geprüft wird, ob und wie Fehlbelegungen überprüft werden können.

Bündnis für bezahlbares Wohnen

Die Koalitionspartner werden ein Bündnis für bezahlbares Wohnen eröffnen und dazu alle Akteure in der Region Hannover einladen. So wollen wir gemeinsam mit den Kommunen und unserer KSG Hannover GmbH Wohnungsbaupotenziale erschließen. Zur Seite stehen dabei die kommunalen Wohnungsbauunternehmen als Partner für den Neubau und den Erhalt bezahlbarer Wohnungen - die Zusammenarbeit mit ihnen wird vertieft.

Junge Familien sollen beim Erwerb von Wohneigentum und zu Fördermöglichkeiten besser beraten werden. Das Team Wohnen entwickelt hierfür ein Beratungsangebot nach dem Vorbild der Klimaschutzagentur.

Gemeinschaftliches Wohnen

Projekte für gemeinschaftliches Wohnen werden entwickelt und unterstützt. Sie sollen insbesondere älteren Menschen und Menschen mit Behinderung offenstehen und der Einsamkeit entgegenwirken.

Für die Aufnahme einer Ausbildung ist die Wohnortnähe bzw. gute Erreichbarkeit ein wesentlicher Faktor. Dafür wollen wir das erste Azubiwohnheim der Region Hannover mit bezahlbaren Mieten schaffen, das auch den Auszubildenden der Region zur Verfügung steht.

Gesundheit

Klinikum Region Hannover (KRH)

Das Klinikum Region Hannover (KRH) bleibt in öffentlicher Hand. Es bietet ein attraktives Arbeitsumfeld. Dazu gehören verbesserte Arbeitsbedingungen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Förderung von Aus- und Weiterbildung und die Bindung von Fachkräften.

Wir setzen die Medizinstrategie 2030 konsequent um und entwickeln sie bedarfsgerecht zusammen mit allen am Gesundheitssystem Beteiligten weiter. Wir treiben den Aufbau des Regionalen Gesundheitszentrums in Lehrte und die Neubauten in Gehrden und Großburgwedel aktiv voran und erhalten die Krankenhausstandorte im Umland. Das Siloah wird zum Maximalversorger ausgebaut.

Wir wollen das KRH als Ausbildungsbetrieb für die Zukunft stärken. Dazu evaluieren wir Gründe für Ausbildungsabbrüche und entwickeln geeignete Maßnahmen für mehr erfolgreiche Ausbildungsabschlüsse.

Im Sinne eines Green Hospital wird das KRH mit Blick auf Klimaschutz, Energie- und Ressourceneffizienz sowie Hitzeschutz für Patient*innen und Beschäftigte entwickelt.

Die Region wird weiterhin Investitionen in die medizinische Ausstattung tätigen. Von Bund und Land erwarten wir, dass sie ihrer Finanzierungsverpflichtung nachkommen.

Palliativversorgung stärken

Wir setzen uns beim Land für eine Überprüfung der Palliativversorgung in der Region Hannover ein, um Versorgungslücken zu erkennen und zu schließen. Die Zusammenarbeit der Träger und die Abstimmung zwischen ambulanten und stationären Angeboten sind zu stärken. Die Zahl der Palliativbetten soll bedarfsgerecht und in der Region insgesamt erhöht werden.

Notfallversorgung

Die Notfallversorgung in der Region Hannover wird gestärkt. Wichtig ist uns die Einhaltung der Hilfsfristen und Rettungszeiten. Rettungsdienst, ambulante und stationäre Angebote sollen besser aufeinander abgestimmt werden. Dabei sind die Entscheidungen von Bund und Land zu berücksichtigen.

Wir wollen Telemedizin als Ergänzung für den Rettungsdienst in der Region Hannover implementieren, da sie eine schnelle fachärztliche Unterstützung direkt am Einsatzort ermöglicht und so die Qualität der medizinischen Versorgung insgesamt verbessert. Gleichzeitig kann Telemedizin dazu beitragen, nicht erforderliche Transporte in Krankenhäuser zu vermeiden und Ressourcen effizienter einzusetzen.

Frauengesundheit

Gesundheit darf nicht vom Geschlecht abhängen. Damit in der Region Hannover alle gut versorgt sind, wollen wir unser Augenmerk gezielt auf die Gesundheit von Frauen legen. Dazu gehören für uns eine gute Versorgung rund um Schwangerschaft und Geburt, eine sichere Notfallversorgung, die frauenspezifischer Symptome berücksichtigt, sowie ausreichend Versorgungsangebote für gynäkologische Erkrankungen wie bspw. Endometriose. Unser KRH soll dabei eine Vorreiterrolle einnehmen und in Kooperation mit anderen Kliniken und weiteren Playern einen Beitrag zur Frauengesundheit leisten. Wir wollen auch weiterhin den Zugang zu Beratung und Versorgung für ungewollt Schwangere sicherstellen.

Präventionsregion werden

Wir wollen, dass alle Menschen in der Region Hannover gesund aufwachsen. Daher soll die Region Hannover zur Präventionsregion weiterentwickelt werden. Dafür erarbeitet die Regionsverwaltung gemeinsam mit den Kommunen und Krankenkassen ein umfassendes, ressortübergreifendes Konzept, das die Gesundheit über alle Lebensphasen hinweg stärkt, von Kindern und Jugendlichen über Menschen im Erwerbsalter bis zu älteren Menschen. Ziel ist es, Risiken frühzeitig zu erkennen, Schutzfaktoren zu stärken, Unterstützungsangebote besser zu vernetzen und die Lebensqualität durch gezielte Prävention zu verbessern. Aufsuchende Angebote, niedrigschwellige Beratung und die Weiterbildung von Fachkräften sind dabei ebenso zu stärken wie die Präventionsarbeit in Familien, Schulen und Betrieben.

Die Pflegestützpunkte werden ausgeweitet. Dabei sind auch präventive Angebote für pflegende Angehörige zu berücksichtigen.

Mehrgenerationenhäuser werden gefördert, die Präventionsarbeit in Quartierstreffs gestärkt und Familienzentren ausgebaut. Vereine, Ehrenamt und weitere Akteure vor Ort sollen stärker

eingebunden werden, um wohnortnahe und bedarfsgerechte Unterstützungs- und Begegnungsangebote zu schaffen.

Einsamkeit ist in allen Altersgruppen entgegenzuwirken. Dazu sind entsprechende Angebote zu stärken und bestehende Initiativen besser zu vernetzen. Gemeinsam mit den Kommunen sollen Sozialrezepte ermöglicht werden, die Menschen in gesundheitsfördernde Gemeinschaftsangebote vermitteln.

Die Zusammenarbeit von Kommunen, Gesundheitswesen, Bildung, Jugendhilfe, Pflege und Zivilgesellschaft soll Versorgungslücken sichtbar machen, Doppelstrukturen vermeiden und den Zugang zu Präventionsangeboten erleichtern. Die Wirksamkeit der Maßnahmen wird regelmäßig überprüft, damit Prävention gezielt weiterentwickelt und die Lebensqualität der Menschen in der Region Hannover nachhaltig verbessert werden kann.

Neugeborenen-Hörscreening stärken und fortführen

Die frühzeitige Erkennung von Hörstörungen bei Neugeborenen ist ein wichtiger Beitrag zur gesundheitlichen Chancengleichheit und zur gesunden Entwicklung von Kindern. Wir wollen das gemeinsam mit der Medizinischen Hochschule Hannover aufgebaute Hörscreening-Projekt mit seiner gezielten Nachverfolgung auffälliger Befunde fortführen und dauerhaft sichern. Unser Ziel ist es, dass alle betroffenen Kinder frühzeitig die notwendige Diagnostik und Förderung erhalten und keine Versorgungslücken entstehen. Dafür setzen wir uns gemeinsam mit den beteiligten Einrichtungen und Kostenträgern für eine verlässliche Finanzierung und die Weiterentwicklung des Angebots ein.

Gesundheitsfachkräfte in Schulen

Das vorliegende Konzept für Gesundheitsfachkräfte wird an ausgewählten Schulen unter Federführung des Gesundheitsamtes umgesetzt.

Strategie für die psychische Gesundheit

Eine umfassende Strategie für psychische Gesundheit sollte niedrigschwellige Präventions- und Beratungsangebote bieten, ein effizient zusammenarbeitendes kommunales Hilfe- und Beratungsnetzwerk nutzen und verbindliche Versorgungsstrukturen etablieren.

Die Kooperationen zwischen Sozialpsychiatrischem Dienst, der Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche sowie der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen und Kliniken sind im Rahmen der Strategie auszubauen. Die Gesamtstrategie berücksichtigt alle Altersgruppen. Übergänge zwischen Hilfesystemen und an Altersgrenzen werden durch frühzeitige Abstimmung und verbindliche Zusammenarbeit der Akteur*innen abgesichert. Die Strategie beinhaltet den Ausbau ambulanter betreuter Wohnformen nach stationärem Aufenthalt.

Jugendhilfe

Jugendhilfeplanung und Entwicklungsmonitoring

Die Jugendhilfeplanung soll als strategisches Steuerungsinstrument weiterentwickelt und durch ein kleinräumiges Entwicklungsmonitoring gestärkt werden. Auf Grundlage aktueller Daten zu Bevölkerungsentwicklung, sozialen Lebenslagen und Unterstützungsbedarfen sollen präventive, ambulante und stationäre Angebote gemeinsam mit den regionsangehörigen Kommunen bedarfsgerecht und sozialraumorientiert geplant und besser aufeinander abgestimmt werden.

Hilfen zur Erziehung und junge Menschen mit komplexen Unterstützungsbedarfen

Wir wollen für junge Menschen mit komplexen Hilfebedarfen flexible, verlässliche und multiprofessionelle Unterstützungsangebote anbieten, um Betreuungsabbrüche zu vermeiden. Dazu stärken wir die Zusammenarbeit von Jugendhilfe, Kinder- und Jugendpsychiatrie und

Eingliederungshilfe und entwickeln individuelle Kriseninterventionen sowie ambulante und familienunterstützende Angebote weiter.

Frühkindliche Bildung, Sprachförderung und Schuleingangsuntersuchungen

Wir wollen die frühkindliche Bildung und insbesondere die alltagsintegrierte Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen bedarfsgerecht sichern und weiterentwickeln. Einrichtungen mit erhöhtem Unterstützungsbedarf sollen gezielt begleitet, Fachkräfte entsprechend qualifiziert und Sprachförderangebote stärker mit Familienbildung und Elternarbeit verknüpft werden. Zugleich wollen wir die Übergänge zwischen Kindertagesbetreuung und Grundschule verbessern.

Familienzentren und sozialräumliche Prävention

Wir wollen den beschlossenen Ausbau der Familienzentren fortführen und insbesondere bislang unterversorgte Kommunen einbeziehen, um eine möglichst flächendeckende Versorgung zu erreichen. Als niedrigschwellige Anlaufstellen für Beratung, Bildung, Begegnung und Prävention sollen Familienzentren stärker mit den Frühen Hilfen, der Jugendhilfe, Schulen und Gesundheitsangeboten vernetzt werden. Dabei streben wir eine langfristig verlässliche Finanzierung und Qualitätssicherung an.

Kinder- und Jugendarbeit, Beteiligung und Prävention

Wir wollen allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrem Wohnort Zugang zu niedrigschwelligen Freizeit-, Bildungs- und Beteiligungsangeboten ermöglichen. Dazu stärken wir die offene und verbandliche Jugendarbeit, die Jugendverbände und das ehrenamtliche Engagement. Insbesondere im ländlichen Raum sollen aufsuchende Angebote sowie Beteiligungsmöglichkeiten ausgebaut und die Prävention psychischer Belastungen und digitaler Gefährdungen weiterentwickelt werden.

Inklusive Kinder- und Jugendhilfe

Inklusion muss in allen Angeboten und Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe selbstverständlich mitgedacht und umgesetzt werden. Auch wenn die geplante Zusammenführung der Zuständigkeiten für junge Menschen mit und ohne Behinderungen im SGB VIII derzeit ausgesetzt ist, wollen wir die inklusive Ausgestaltung der Kinder- und Jugendhilfe konsequent voranbringen.

Hierfür stärken wir insbesondere die Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Eingliederungshilfe, um Unterstützungsangebote besser aufeinander abzustimmen und Übergänge zu erleichtern. Dies gilt insbesondere für die Inobhutnahme von Kindern mit und ohne Behinderungen, die Arbeit der Beratungsstellen sowie die offene Kinder- und Jugendarbeit. Wir wollen bestehende Barrieren und Zugangshürden abbauen und die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, damit alle Kinder und Jugendlichen gleichberechtigt Unterstützung, Schutz und Teilhabemöglichkeiten erhalten.

Fachkräftesicherung

Wir wollen die Fachkräftegewinnung und -bindung in der Jugendhilfe gemeinsam mit den freien Trägern stärken und dafür insbesondere Ausbildung, Praxisanleitung und Qualifizierung weiterentwickeln. Hier planen wir eine intensive Zusammenarbeit mit den Berufsschulen der Region Hannover im Hinblick auf zukunftsorientierte Ausbildung von Fachkräften. Zugleich streben wir transparente und verlässliche Förder- und Finanzierungsstrukturen an und wollen durch Digitalisierung und vereinfachte Verwaltungsverfahren die Fachkräfte bei Hilfeplanung und Antragsbearbeitung entlasten.

Zukunftsfähige Weiterentwicklung des Eigenbetriebs Waldhof

Der Eigenbetrieb Waldhof soll als wichtiger Bestandteil der öffentlichen Jugendhilfe gesichert und bedarfsgerecht weiterentwickelt werden. Daher stärken wir die stationären und ambulanten Hilfen sowie die Inobhutnahme, entwickeln flexible Betreuungsformen und individuelle Angebote für junge Menschen mit komplexen Hilfebedarfen und bauen die Zusammenarbeit mit anderen Trägern aus.

Die Unterstützung beim Übergang in ein selbstständiges Leben sowie bestehende Programme gegen Schulabsentismus und zur Berufsorientierung, sollen fortgeführt und angepasst werden an zeitgemäße Bedarfe. Dabei legen wir besonderen Wert auf Fachkräftesicherung, eine bedarfsgerechte Infrastruktur, pädagogische Qualität und eine wirtschaftlich tragfähige Betriebsführung.

Umwelt und Klimaschutz

Klimaschutz

Die Region Hannover hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2035 klimaneutral zu werden. Daran halten wir fest. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir bereits zahlreiche Maßnahmen ergriffen, die wir auch in den nächsten Jahren konsequent fortsetzen wollen.

Das Handlungskonzept Klimaplan 2035 bietet bereits einen verbindlichen Fahrplan für die schrittweise Umsetzung unserer Klimaschutzmaßnahmen. Mit dem Investitionsprogramm Klimaschutz haben wir zudem 250 Mio. Euro bis 2035 eingeplant. Beides ist für uns Arbeitsgrundlage, um unsere Klimaziele zu erreichen.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist von besonderer Bedeutung für das Erreichen der Klimaziele, aber auch für die Zukunftsfähigkeit der Region Hannover als starker Wirtschaftsstandort. Schon heute profitieren Kommunen und Unternehmen von der Wertschöpfung der Energiewende.

Die Klimaschutzagentur ist unsere wichtigste Partnerin auf dem Weg zur Klimaneutralität. Sie berät Einwohnende und Unternehmen unabhängig zu Fördermöglichkeiten und übernimmt eine zentrale Rolle bei der Kommunikation und bei der Umsetzung von Klimaschutz- und Energiewendekampagnen. Wir wollen die Klimaschutzagentur weiterhin unterstützen.

Wir wollen prüfen, wie wir mit einem Klimafonds, der sich aus Drittmitteln speist, weitere Mittel für den Klimaschutz akquirieren können. Regionale Unternehmen, die sich für Klima- und Naturschutz einsetzen wollen, erhalten die Möglichkeit, Zertifikate zu erwerben. Die eingeworbenen Mittel sollen in Vertragsnaturschutz eingesetzt werden und kommen damit auch unmittelbar der Landwirtschaft zugute.

Natur- und Umweltschutz

Die Biodiversitätsstrategie der Region Hannover wollen wir fortschreiben. Wichtige Bausteine sind für uns dabei die Fortführung der entsprechenden Förderprogramme, wie den Vertragsnaturschutz sowie die Umsetzung der EU-Wiederherstellungsverordnung (Restoration Law) und der damit verbundenen Zielsetzung, geschädigte Ökosysteme wiederherzustellen.

Bis 2035 wollen wir nahezu alle unsere Hochmoore renaturieren. Das ist auch für das Erreichen unserer Klimaziele essenziell. Dafür setzen wir auch in Zukunft auf Fördergelder vom Land.

Die bereits beschlossene Wasserstrategie wollen wir angesichts des fortschreitenden Klimawandels weiterentwickeln. Dabei haben für uns auch die wassersensible Regional- und Stadtentwicklung, sowie ein verbessertes Risikomanagement bei Hochwasser- und Starkregenereignissen Priorität. Zudem besteht Einigkeit, über die besondere Bedeutung des Grundwasserschutzes. Wir wollen Gewässer im engen Schulterschluss mit der Landwirtschaft renaturieren.

Gemeinsam mit Land und Bund wollen wir Grünbrücken dort schaffen, wo große Straßen Natur und Landschaft zerschneiden.

Regionalplanung und Naherholung

Bei der Neuaufstellung des Raumordnungsprogramms sind strategische Ziele wie Klimaschutz und Klimafolgeanpassungen, Bodenschonende Raumordnungspolitik, Energieversorgung und Flächenvorhaltung für Zukunftstechnologien zu berücksichtigen.

Das Regionale Raumordnungsprogramm für Windkraft wird nicht infrage gestellt. Es besteht Einigkeit keine zusätzlichen Vorranggebiete auszuweisen.

Ausgestaltung Naturpark Deister

Die Verwaltung wird von den Koalitionspartnern beauftragt ein Konzept zur Ausgestaltung des Naturpark Deisters mit Fokus auf den großen Deister vorzulegen. Die genaue Abgrenzung ist mit den Kommunen abzustimmen.

Steinhuder Meer / Entschlammung

Der Seeentwicklungsplan soll mit allen Maßnahmen, einschließlich der Entschlammung umgesetzt werden. Die Region Hannover soll bei den Maßnahmen zügig tätig werden, wo sie laut dem Entwicklungsplan Maßnahmenträgerin ist.

Weitere Schwerpunkte der Regionalplanung und Naherholung

Der Zoo Hannover soll als regionaler „Leuchtturm“ weiterentwickelt werden. Der Einfluss der Region Hannover auf die Entwicklung der Marienburg und der Insel Wilhelmstein soll genutzt werden. Die Weiterentwicklung von Tourismus und Naherholung am Steinhuder Meer soll unter Berücksichtigung des Naturschutzes erfolgen. Zudem soll das Museum Wilhelmstein überarbeitet werden.

Flächenkompensation bei Löschungsbegehren

Bisherige Regelung zur Flächenkompensation soll mit Augenmaß fortgeführt und die entsprechenden Verfahren beschleunigt werden.

Mobilität in unserer Region

Mobilität ist eine grundlegende Voraussetzung für die Teilhabe am öffentlichen Leben. Wir wollen die Mobilität in der Region Hannover verlässlich, sicher, bezahlbar und zukunftsfähig gestalten. Dabei nehmen wir alle Mobilitätsformen in den Blick.

Die Region verfügt bereits heute über eines der attraktivsten ÖPNV-Angebote Deutschlands. Wir orientieren uns am Verkehrsentwicklungsplan 2035+ als strategischem Rahmen für die Weiterentwicklung der Mobilität in der Region Hannover und verfolgen seine Ziele konsequent.

Die geplante Stadtbahnverlängerungen sollen entsprechend ihrer verkehrlichen Bedeutung und unter Berücksichtigung der finanziellen Rahmenbedingungen vorangebracht werden. Für den Neubau der Medizinischen Hochschule Hannover priorisieren wir eine angemessene Stadtbahnanbindung. Wir wollen die ÖPNV-Verbindungen zwischen den Kommunen verbessern und insbesondere tangentiale Verbindungen stärken, die eine Fahrt ohne Umweg über zentrale Verkehrsknotenpunkte ermöglichen.

Der zuverlässige Betrieb der S-Bahn in der Region Hannover hat für uns oberste Priorität. Darum fordern wir den S-Bahn-Betreiber Transdev auf, die in seiner Verantwortung liegenden Aufgaben zeitnah zu erfüllen. Wir unterstützen die Verwaltung bei der Ausschöpfung aller rechtlichen Mittel zur Durchsetzung der Interessen der Region Hannover beim S-Bahn-Betrieb und erwarten deutliche Verbesserungen der öffentlichen Kommunikation durch Transdev.

sprinti und digitale Mobilität weiterentwickeln

Mit dem On-Demand-Bussystem sprinti ist es gelungen, die Mobilität im ländlichen Raum spürbar zu verbessern. Wir wollen das Angebot weiterentwickeln, das Pooling intensivieren, die Vernetzung mit

anderen Verkehrsmitteln stärken und die Voraussetzungen für einen künftigen autonomen Betrieb mit lokalen Unternehmen unter Zuhilfenahme von Fördermitteln schaffen.

Die neue ÜSTRA-App soll dazu beitragen, Live-Daten verschiedener Verkehrsmittel mit dem sprinti-Angebot zu verknüpfen.

Radverkehr stärken, Lücken schließen und Infrastruktur erhalten

Die Radverkehrsinfrastruktur soll schneller ausgebaut und bestehende Planungen sollen konsequent umgesetzt werden. Insbesondere die bereits in der Planung befindlichen Radschnellverbindungen ins Umland (z.B. nach Gehrden, Pattensen oder Burgdorf) sollen in den nächsten fünf Jahren realisiert werden. Wir setzen uns für eine bessere Beschilderung, den Ausbau tangentialer Verbindungen und notwendige Lückenschlüsse ein. Die durchgängige Nutzbarkeit der Radwege zu allen Jahreszeiten wollen wir verbessern. Bike-and-Ride- sowie Park-and-Ride-Anlagen sollen weiter ausgebaut werden. Bei Radwegen, Straßen und Brücken setzen wir auf den Erhalt und die notwendige Sanierung der Infrastruktur. Bei der Gestaltung von Ortsdurchfahrten sind die Belange aller Verkehrsteilnehmenden in Absprache mit den jeweiligen Kommunen zu berücksichtigen. Wo es vor Ort gewünscht ist und die rechtlichen Voraussetzungen vorliegen, setzen wir uns für mehr Tempo 30 in Ortsdurchfahrten ein.

Wahlfreiheit bei regionalen Kennzeichen

Wir ermöglichen die Einführung regionaler Kennzeichen, um die Auswahl zu erweitern und zugleich die lokale Identität innerhalb der Region zu stärken. Zur Finanzierung wird eine separate Gebühr erhoben.

Bezahlbare Mobilität sichern

Busse und Bahnen müssen bezahlbar bleiben. Dabei achten wir auf eine langfristig tragfähige Finanzierung. Die bestehenden Vergünstigungen, darunter Sozialtarif, Jobticket, Jugendnetzkarte und Ausbildungsnetzkarte sowie die Angebote rund um das Deutschlandticket, wollen wir im Rahmen der Möglichkeiten erhalten und weiterentwickeln.

Sicherheit im ÖPNV erhöhen

Die Sicherheit im ÖPNV hat für uns hohe Priorität. Durch gute Beleuchtung, das Frauennachttaxi und den „Unterwegs-Ausstieg“ bei der Üstra, Sauberkeit und verlässliche Kontaktmöglichkeiten wollen wir das Sicherheitsgefühl der Fahrgäste erhöhen. Dabei beziehen wir Konzepte wie „FahrSicher“ ein.

Ausbau von Park+Ride- und Bike-Anlagen

Besonderes Augenmerk legen wir auf die Verbesserung der Umsteigemöglichkeiten. Die Schaffung von ausreichenden Park+Ride- und Park+Bike-Anlagen an Verkehrsknotenpunkten ist eine wesentliche Grundlage für eine attraktive und bedarfsgerechte Verkehrsinfrastruktur.

„Vision Zero“ weiterverfolgen

Wir bekennen uns zum Ziel der „Vision Zero“, die Zahl der Verkehrstoten langfristig auf null zu senken. Die im Verkehrsentwicklungsplan 2035+ angestrebte Reduzierung der Unfälle mit Getöteten und Schwerverletzten um 40 Prozent bis 2035 verfolgen wir weiterhin. Das 2018 aufgestellte Strategie- und Handlungskonzept Verkehrssicherheit soll 2028 evaluiert und auf Grundlage der Ergebnisse weiterentwickelt werden.

Gleichstellung

Wir bekennen uns dazu, die Verabredungen der Istanbul-Konvention in der Region Hannover weiter umzusetzen. Dabei wollen wir gerade den Schutz vor digitaler Gewalt stärker als bisher in den Fokus nehmen.

Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen sollen finanziell verlässlich ausgestattet und dauerhaft abgesichert werden. Dazu gehören bedarfsgerechte Kapazitäten, barrierefreie Zugänge und niedrigschwellige Beratung auch im ländlichen Raum.

Beim Gewaltschutz geht es neben dem Erhalt bestehender Standards auch um die konzeptionelle Weiterentwicklung. Digitale Partnerschaftsgewalt soll systematisch berücksichtigt werden, ebenso die besonderen Bedarfe älterer und pflegebedürftiger Frauen sowie von Frauen mit Behinderungen. Dazu gehört eine bessere Vernetzung von Polizei, Beratungsstellen und sozialen Diensten, regelmäßige Schulungen der Fachkräfte sowie die kontinuierliche Überprüfung der Konzepte.

Prävention und Täter*innenarbeit sollen gestärkt und ihre Finanzierung sichergestellt werden. Von Gewalt mitbetroffene Kinder brauchen besondere Unterstützung, etwa durch psychosoziale Begleitung und eine engere Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Frauenhäusern.

Die Umsetzung der Koordinierungsstelle entsprechend des letzten Gewaltschutzantrags sollte ausdrücklich aufgenommen werden.

Integration

Die Region Hannover ist eine offene, vielfältige und solidarische Einwanderungsgesellschaft. Menschen mit Einwanderungsgeschichte sind selbstverständlicher Bestandteil unserer Gesellschaft und tragen in allen Bereichen der Gesellschaft zu Zusammenhalt, wirtschaftlicher Stärke und kultureller Vielfalt bei. Voraussetzung für gelingende Teilhabe sind für uns jedoch wirksame und auskömmlich finanzierte Integrationsmaßnahmen.

Mit dem Regionsfonds für Vielfalt und Teilhabe wollen wir deshalb auch in Zukunft Projekte fördern, die unser Zusammenleben stärken. Die Aktualisierung des Teilhabe- und Diversitätskonzepts ist seit Jahren überfällig und muss daher konsequent umgesetzt werden.

Die Ausländerbehörde der Region Hannover ist für viele Menschen mit Einwanderungsgeschichte eine wichtige Anlaufstelle. Wir setzen uns für eine Organisationskultur ein, die unterstützt, begleitet und Perspektiven aufzeigt. Dazu gehört für uns neben der Orientierungsberatung vor allem das Projekt Wege ins Bleiberecht, das sich primär an Menschen mit Kettenduldungen richtet. Wir wollen dafür die Förderung des Landes in Anspruch nehmen und ein dezentrales Beratungsangebot im Rahmen eines Lotsensystems prüfen.

Vielfalt, queeres Leben und Antidiskriminierung

Zu unserer vielfältigen Region gehören auch queere Menschen. Sie sollen sicher, selbstbestimmt und sichtbar leben können. Dazu vereinbaren die Koalitionsfraktionen, dass die bisherige Unterstützung für queere Projekte fortgeführt wird.

<u>Antidiskriminierung</u>

Wir führen die begonnene Arbeit der Antidiskriminierungsstelle gemeinsam mit der Landeshauptstadt Hannover weiter und entwickeln einen regionalen Aktionsplan gegen Queerfeindlichkeit.

Wirtschaft und Beschäftigung

Die Region Hannover ist einer der bedeutendsten Industrie- und Produktionsstandorte Niedersachsens. Wir wollen diesen Standort weiter stärken und schaffen dafür verlässliche Rahmenbedingungen für Unternehmen. Besonderes Augenmerk gilt den kleinen und mittleren Unternehmen, bei denen bestehende Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden sollen.

Die Koalition steht für eine aktive und progressive Wirtschaftsförderung, die Unternehmen aller Branchen unterstützt. Ein Schwerpunkt liegt auf der Transformation von Unternehmen und Arbeitsplätzen unter sich wandelnden wirtschaftlichen Voraussetzungen.

Standort

Messe und Tourismus

Wir bekennen uns dazu, dass die gesamte Region Hannover ein bedeutender Messe- und Tourismusstandort ist. Der Tourismus soll unter Einbindung aller regionsangehörigen Kommunen weiterentwickelt werden.

Gewerbeflächen

Die Region Hannover unterstützt die Kommunen bei der Entwicklung von Gewerbeflächen. Die Hannover Region Grundstücksgesellschaft (HRG) ist dabei eine wichtige Partnerin der Flächenentwicklung. Brachliegende und vorgenutzte Flächen sollen im Rahmen einer Brownfield-Entwicklung für neue gewerbliche Nutzungen reaktiviert werden.

Fachkräfte und Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit

Fachkräftegewinnung

Die Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland ist zu unterstützen, insbesondere über das Welcome Center. Zugleich soll das in der Region vorhandene Fachkräftepotenzial gehoben und besser ausgeschöpft werden. Dafür setzen wir auf Umschulung, Weiterbildung und Qualifizierung.

Zusammenarbeit am Arbeitsmarkt

Kammern, Jobcenter und Agentur für Arbeit sind verlässliche Partner*innen der Region Hannover. Alle Agierenden am Arbeitsmarkt, insbesondere Kammern, Agentur für Arbeit und Jobcenter, werden enger miteinander vernetzt. Die Kooperation mit Jobcenter und Agentur für Arbeit bei Programmen der Beschäftigungsförderung stärken wir. Das Jobcenter wird bei der Umsetzung der regionalen Arbeitsmarktprogramme aktiv unterstützt. Bestehende Förderprogramme evaluieren wir und passen diese bei Bedarf an.

Frauen im Beruf

Wir bekennen uns zur Stärkung der Koordinierungsstelle Frau und Beruf. Mehr Frauen soll der Weg zurück in die Erwerbsarbeit geebnet werden.

Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit

Der Übergang von der Schule in den Beruf ist weiter zu stärken. Die Koalition strebt an, das Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit zu erhalten. Die Ausbildungslotsen sind ein bundesweites Leuchtturmprojekt und sollen ausgebaut werden.

Innovation und Transformation

Wirtschaft und Wissenschaft

Die Kooperation zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Hochschulen ist zu stärken, etwa am Technologiepark Garbsen, in der TechFactory Nordstadt und in der Roboterfabrik. Ausgründungen aus den Universitäten, beispielsweise über die TechFactory, sollen gezielt unterstützt werden.

Mittelstand und Handwerk

Kleine und mittlere Unternehmen sowie das Handwerk sollen in die Lage versetzt werden, sich an veränderte wirtschaftliche Gegebenheiten anzupassen. Unterstützt werden sie insbesondere bei der Nutzung Künstlicher Intelligenz und bei der weiteren Digitalisierung.

Start-ups und Gründungen

TechFactory

Die Wirtschaft befindet sich in einer Phase der Transformation, die insbesondere Auswirkungen auf die klassischen Industriearbeitsplätze hat. In der Region Hannover regieren wir auf diese Entwicklung mit der TechFactory, um einen Fokus auf neue Technologien zu legen und gemeinsam mit der Leibniz-Uni StartUps und Ausgründungen zu organisieren.

Für den dafür zu entwickelnden Standort auf dem Gelände des ehemaligen Nordstadtkrankenhauses sind, in enger Abstimmung mit der Landeshauptstadt Hannover, Kapazitäten für Wohnen, mit Schwerpunkt auf studentisches und Azubi-Wohnen, vorzusehen.

Wirtschaftsförderung

Wirtschaftsförderung folgt für uns dem Regionsgedanken und lässt sich nicht entlang kommunaler Grenzen gestalten. Der Fachbereich Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung der Region Hannover arbeitet hier vorbildhaft und verantwortet Zukunftssicherung und Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandorts aus einem Guss. Wir bekennen uns zu hannoverimpuls als ein Element der wirtschaftlichen Standortentwicklung für die gesamte Region Hannover. Um die Voraussetzungen für eine zukunftsfähige Zusammenarbeit zu legen, erarbeiten sowohl Region Hannover mit den Regionskommunen im Umland als auch die Landeshauptstadt Hannover die Grundlagen für die perspektivischen Aufgaben, Kompetenzen und Strukturen von hannoverimpuls, um die daraus resultierende Finanzierung festzulegen.

Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung

Wir wollen eine Verwaltung, die für die Menschen da ist: serviceorientiert und digital. So werden Verwaltungsleistungen unkompliziert zugänglich gemacht und der Alltag aller Menschen in der Region Hannover erleichtert.

Unser Anspruch ist ein moderner, barrierearmer und konsequent an den Bedürfnissen der Nutzenenden ausgerichteter Internetauftritt der Region Hannover, der Informationen leicht zugänglich macht und den digitalen Kontakt mit der Verwaltung vereinfacht. Dafür ist eine Trennung der Internetauftritte der Region Hannover und der Landeshauptstadt Hannover zu prüfen.

Die Digitalisierung der Regionsverwaltung wollen wir konsequent vorantreiben. Bis 2030 sollen alle Verwaltungsdienstleistungen weitgehend papierlos möglich sein. Mit der Einführung des once-only-Prinzips stellen wir sicher, dass Daten zukünftig nur noch einmal angegeben werden müssen und anschließend innerhalb der Regionsverwaltung weiter genutzt werden können. Idealerweise erstreckt sich diese Möglichkeit auch auf die Verwaltungen der regionsangehörigen Städte und Gemeinden. Ob und wie das möglich ist, werden wir prüfen.

Mit einer RegionsApp schaffen wir für Bürger*innen und Unternehmen einen unkomplizierten und niedrigschwelligen Zugang zu den Dienstleistungen der Verwaltung (One-Stop-Shop). Mit KI-Tools vereinfachen wir zudem die Beantragung und Bearbeitung von Verwaltungsdienstleistungen. Klar ist aber auch, dass digitale Prozess nicht den persönlichen Kontakt ersetzen. Gerade bei komplexen Anliegen bleiben persönliche Ansprechpersonen und individuelle Beratung für uns unabdingbar.

Auch die Beantragung von Fördergeldern der Region Hannover und die Antragsbearbeitung wollen wir deutlich vereinfachen und beschleunigen. Dazu richten wir ein digitales Fördermittelmanagement ein.

Digitalisierung allein macht Verwaltung noch nicht schneller. Wir wollen Verfahren auch inhaltlich vereinfachen. Neue Vorgaben der Region prüfen wir vor ihrer Einführung auf den Aufwand, den sie für Nutzende verursachen. Bestehende Regelungen überprüfen wir regelmäßig darauf, ob sie noch erforderlich sind.

Digitalisierung beschränkt sich für uns nicht nur auf den Kernbereich der Regionsverwaltung. Den Weg zur Smart Region wollen wir konsequent weitergehen und so gezielt den Alltag der Bürger*innen erleichtern, z.B. in den Bereichen Mobilität, Energie, Gesundheit und Soziales.

Eine konsequente Digitalisierung erfordert eine wirksame Cybersicherheitsstrategie. Der Hacker-Angriff auf die Üstra bspw. hat gezeigt, wie verletzlich unsere Systeme sind. Gerade in den Bereichen der kritischen Infrastruktur werden wir deshalb besondere Schutzmaßnahmen ergreifen.

Schulen und Bildung

Priorität Schulbau

Für uns hat der Schulbau Priorität. Wir unterstützen die Regionsverwaltung dabei, die bestehenden Neubau- und Sanierungsbedarfe systematisch abzuarbeiten. Dafür wird eine integrierte, langfristig angelegte, bedarfsgerechte und wirtschaftlich tragfähige Schulbauplanung für notwendig erachtet. Sie soll die Schulentwicklungsplanung, pädagogische Anforderungen und demografische Entwicklungen mitdenken und sich auf eine verlässliche Erfassung des baulichen Zustands der Liegenschaften stützen. Weiterhin treten wir dafür ein, dass sich die Regionsverwaltung mit den regionsangehörigen Kommunen frühzeitig und verbindlich abstimmt.

Für zukunftsfähige Schulen sind neue Formen der schulischen Zusammenarbeit notwendig. Sie sind bei der Planung von Schulstandorten zu berücksichtigen. Zu fördern sind gemeinsame Schulstandorte, die schulformübergreifende Kooperationen und innovative Raumkonzepte, inklusive Bildung und eine flexible Nutzung ermöglichen. Gemeinsame Standorte eröffnen zugleich die Chance, sparsam mit Flächen umzugehen. Wir setzen uns für Barrierefreiheit in allen Schulgebäuden ein.

Schulbau GmbH

Wir begleiten die Planung und Umsetzung von Schulbau- und Sanierungsmaßnahmen durch die Schulbau GmbH und unterstützt diese dabei, hierfür leistungsfähige Organisations- und Umsetzungsstrukturen zu schaffen. Dazu gehören klare Verantwortlichkeiten von der Bedarfsplanung über die Steuerung des Gesamtportfolios bis zur Bauausführung. Maßnahmen mit vergleichbaren Anforderungen werden in Programmen gebündelt und gemeinsam auf den Weg gebracht.

Weitere Initiativen

Dauerhaft tragfähiger Schulraum entsteht in eigenen Gebäuden. Wirtschaftlich vertretbare Mietobjekte, die sich für eine schulische und pädagogische Nutzung eignen, können im Einzelfall bestehende Standorte entlasten.

Zu fördern sind alle Planungs-, Bau- und Nutzungskonzepte, die eine schnelle und wirtschaftliche Umsetzung von Schulbaumaßnahmen ermöglichen. Modulare und serielle Lösungen werden dort eingesetzt, wo sie fachlich sinnvoll sind und den Schulbau beschleunigen.

Nachhaltigkeit

Die Region Hannover setzt bei Neu- und Umbauten auf hohe energetische Standards und eine nachhaltige Energieversorgung.

Berufsschulen

Berufsschulen sind mehr als reine Ausbildungsschulen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die berufsbildenden Schulen zu regionalen Bildungs- und Kompetenzzentren weiterzuentwickeln. Ausbildung, Weiterbildung berufliche Qualifizierung, unterschiedliche Bildungswege und gesellschaftliche Teilhabe sollen miteinander verzahnt werden. Außerdem wird die Zusammenarbeit mit Betrieben, Kammern, Hochschulen und weiteren Bildungsträgern intensiviert. Voraussetzung dafür sind eine fundierte Schulentwicklungsplanung und ein Standortkonzept für alle berufsbildenden

Schulen, das Bildungsgänge an geeigneten Standorten zusammenführt und vorhandene Räume besser auslastet.

Lernlandschaften

Bei Schulneubauten und Schulumbauten sollen zeitgemäße Lernumgebungen mit flexiblen Raum- und Lernkonzepten verwirklicht werden. Die räumlichen und pädagogischen Voraussetzungen für selbstständiges und kooperatives Lernen an den berufsbildenden Schulen sind weiter zu verbessern. Innovative Lernlandschaften und flexible Raumkonzepte, wie sie bereits an einzelnen Schulstandorten umgesetzt werden, sollen bei künftigen Bau- und Sanierungsmaßnahmen mehr Berücksichtigung finden. Dabei achten wir auf einen sparsamen Umgang mit Flächen und orientieren uns an einheitlichen Raumstandards.

Beteiligungen

Wir wollen Schule zusammen mit den beteiligten Schulgemeinschaften denken. Deshalb tragen wir dafür Sorge, dass bei Bau- und aufwändigen Sanierungsvorhaben von der Regionsverwaltung geeignete, transparente und praktikable Beteiligungsformate etabliert werden. Diese sollen sich an Schulleitungen, Schüler*innen, Eltern und ggf. die örtliche Politik richten. Pädagogische Raumkonzepte sollen frühzeitig gemeinsam erarbeitet werden.

Förderschulen

Förderschulen und Inklusive Schulen werden benötigt, um für alle Schüler*innen ein passendes Angebot vorzuhalten. Deshalb werden bedarfsgerecht Förderschulkapazitäten bereitgestellt. Grundlage ist eine regionsweite Standortstrategie für die Förderschulen. Wo es möglich ist, entstehen inklusive Campusstandorte, an denen Förderschulen und allgemeinbildende Schulen eng zusammenarbeiten. Zugleich wird die inklusive Beschulung an allgemeinbildenden Schulen gestärkt.

Wir befürworten die Erarbeitung eines regionalen Inklusionskonzeptes, an dem die Region als Schulträgerin gemeinsam mit dem Land, dem Regionalen Zentrum für schulische Inklusion und interessierten kommunalen Schulträgern mitwirkt. Dieses soll individuelle Förderbedarfe berücksichtigen, Ressourcen gezielt einsetzen und das Elternwahlrecht gewährleisten. Ziel ist eine inklusive Bildungslandschaft, die allen Kindern und Jugendlichen – unabhängig von ihren individuellen Voraussetzungen – bestmögliche Bildungs- und Entwicklungschancen eröffnet und den Eltern Bildungssicherheit bietet.

Ganztagsangebot an FöS

Die Politik begleitet und fördert in den politischen Gremien die Umsetzung zu Ganztagsschulen. Dazu gehören die Weiterentwicklung der Ganztagsangebote an Förderschulen und die Entwicklung und zeitnahe Umsetzung inklusiver Kooperationsmodelle mit allgemeinbildenden Schulen. Gegenüber dem Land setzen wir uns dafür ein, die rechtlichen Grundlagen für Ganztagsangebote an Förderschulen mit dem Schwerpunkt Geistige Entwicklung zu schaffen. Räume für Ganztag, Verpflegung und Unterricht werden so geplant, dass sie im Tagesverlauf mehrfach genutzt werden können.

Sprachförderung

Sprachliche Bildung ist eine wesentliche Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, erfolgreiche Bildungsbiografien und berufliche Integration. Deshalb ist die Sprachförderung, zum Beispiel in Sprachlernklassen, insbesondere an den berufsbildenden Schulen zu stärken. Bestehende Sprachlernangebote sind bedarfsgerecht weiterzuführen. Ergänzend soll die Zusammenarbeit mit außerschulischen Bildungs- und Integrationsanbieter*innen ausgebaut werden.

Schulsozialarbeit

Schulsozialarbeit ist als unverzichtbarer Bestandteil einer modernen Bildungslandschaft zu betrachten. Die regionseigenen Schulen sollen deshalb ein bedarfsgerechtes und verlässliches

Angebot an Schulsozialarbeit vorhalten. Bestehende Angebote in eigener Zuständigkeit sollten weiterentwickelt werden. Dabei sind insbesondere präventive, niedrigschwellige und aufsuchende Ansätze zu stärken. Gegenüber dem Land Niedersachsen werben wir für klarere Zuständigkeiten und eine dauerhaft gesicherte Finanzierung.

Schulen sind als Teil ihres jeweiligen Sozialraums zu sehen. Auch im Rahmen der Jugendhilfe ist die Zusammenarbeit mit Familienzentren, Ganztagsträgern, Vereinen und weiteren Einrichtungen vor Ort auszubauen. Unterstützungsangebote sollten besser aufeinander abgestimmt und die bestehenden Ressourcen gebündelt werden, damit Kinder und Jugendliche in herausfordernden Lebenslagen frühzeitig erreicht werden. Sozialraumorientierte Ansätze sollen künftig bei der Entwicklung schulischer Unterstützungsstrukturen priorisiert werden.

Regionales Bildungsleitbild

Wir haben die Erwartung, dass die Regionsverwaltung gemeinsam mit den Bildungsakteur*innen ein regionales Bildungsleitbild entwickelt. Dieses soll in kompakter Form konkrete Ziele für gelingende Bildungsbiografien formulieren und als Orientierungsrahmen für die Weiterentwicklung der regionalen Bildungslandschaft dienen. Der Entwicklungsprozess ist dialogorientiert zu gestalten und durch geeignete Fachveranstaltungen mit Expert*innen zu begleiten.

Schulabbrüche

Viele Schüler*innen brechen die Schule vorzeitig ab. Um das zu vermeiden, sind frühzeitige Beratung, individuelle Förderung und die Zusammenarbeit der Schulsozialarbeit und der beteiligten Institutionen zu stärken. Es geht um mehr Bildungsgerechtigkeit, gesellschaftliche Teilhabe und die Sicherung des Fachkräftebedarfs in der Region Hannover.

Übergang Allgemeinbildende Schulen zu Berufsbildenden Schulen

Der Übergang von den allgemeinbildenden zu den berufsbildenden Schulen ist zu verbessern. Dafür sind Kooperationen zu stärken und Übergangsangebote besser aufeinander abzustimmen. Wert gelegt werden sollte auf transparent dargestellte Bildungswege, frühzeitige Berufsorientierung und eine verlässliche Begleitung und Beratung junger Menschen durch Fachpersonal.

Inklusiver Übergang Schule-Beruf

Die beruflichen Perspektiven junger Menschen mit Behinderungen sind nachhaltig zu verbessern und der Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt ist zu stärken. Konzepte zur frühzeitigen Berufsorientierung, individuellen Begleitung und engen Zusammenarbeit mit Betrieben und der Arbeitsverwaltung sollen gefördert werden, zum Beispiel mit Instrumenten wie dem Budget für Ausbildung. Die Einführung der Schul-ID durch das Land wird genutzt, um die beteiligten Stellen enger zu vernetzen.

Gemeinsam mit Schulen, Betrieben, Kammern, der Arbeitsverwaltung, Rehabilitationsträgern und anderen Partner*innen sind bestehende Übergangsstrukturen weiterzuentwickeln. Die jungen Menschen sollen zudem bei ihrem Weg in Ausbildung und Beschäftigung unterstützt werden.

Außerschulische Bildungsangebote

Außerschulische Lernorte und Bildungsangebote sind eine wichtige Ergänzung der schulischen Bildung. Deshalb ist der Zugang zu diesen Angeboten möglichst unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten der Familien zu gestalten. Hierfür nutzen wir in erster Linie vorhandene Instrumente wie die Leistungen für Bildung und Teilhabe. Die Zusammenarbeit von Schulen mit Einrichtungen der Kultur, der politischen Bildung, der Umweltbildung und des Sports soll gefördert werden.

Schullandheime

Wir bekennen uns zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der Schullandheime in Verantwortung der Region Hannover. Sie sind wertvolle außerschulische Lern- und Begegnungsorte. Ihre pädagogischen Angebote sind zu sichern und bedarfsgerecht weiterzuentwickeln. Gestärkt werden sollen

insbesondere die Bedeutung von Klassenfahrten, sozialem Lernen, Naturerfahrungen und gemeinschaftlicher Bildung. Investitionen in die Schullandheime auf Föhr oder das Heideheim werden wir auf Grundlage einer langfristigen Entwicklungs- und Nutzungsperspektive einordnen.

Freizeitangebote

Kinder unter zwölf Jahren sollten sonntags regelmäßig und kostenlos Sport- und Bewegungsmöglichkeiten in Kooperationen mit Vereinen in geeigneten Sporthallen der Förder- und Berufsschulen der Region Hannover nutzen können.

Medienkompetenz

Wir verstehen Medienkompetenz als Schlüsselqualifikation für gesellschaftliche Teilhabe und demokratische Mitgestaltung. Das Medienzentrum der Region Hannover leistet einen wichtigen Beitrag dafür und sollte langfristig erhalten sowie gefördert werden.

Bestehende Angebote zur digitalen Bildung, zur eigenständigen und reflektierten Bewertung von Informationen und zur Prävention digitaler Gefährdungen sollen weiterentwickelt werden, indem die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Medienpädagogik und außerschulischen Bildungspartnern*innen intensiviert wird.

Mittagessen

Wir streben eine gesunde, bezahlbare und nachhaltige Schulverpflegung mit regionalen und saisonalen Lebensmitteln für alle Schüler*innen an. Dabei sollte sich an anerkannte Ernährungsstandards orientiert werden, die regionale und saisonale Lebensmittel, Nachhaltigkeit sowie die Berücksichtigung unterschiedlicher Ernährungsbedürfnisse ins Zentrum stellen. Schulverpflegung ist zugleich als Bestandteil von Bildungsgerechtigkeit und Gesundheitsförderung weiterzuentwickeln. Deshalb ist auf ein leistungsfähiges Netzwerk regionaler und dezentraler Versorgungsstrukturen zu setzen.

Die Regionsverwaltung soll unterschiedliche Organisations- und Betriebsmodelle ergebnisoffen prüfen und insbesondere die Zusammenarbeit mit den regionsangehörigen Kommunen und bestehenden öffentlichen Kücheninfrastrukturen berücksichtigen. Die Entscheidung über eine geeignete Organisationsform soll sich an den Kriterien Wirtschaftlichkeit, Versorgungsqualität und kommunaler Beteiligung orientieren.

Für eine fundierte Konzeptentwicklung sind die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen. Hierfür ist die Einrichtung von zwei zusätzlichen Stellen zu prüfen. Außerdem soll die Regionsverwaltung die benötigten personellen Ressourcen und deren Finanzierung darstellen.

Die Politik regt an, dass die Regionsverwaltung zunächst gemeinsam mit zwei bis drei interessierten Kommunen ein Modellprojekt für eine regional organisierte Schulverpflegung umsetzt. Das Modellprojekt ist hinsichtlich Qualität, Wirtschaftlichkeit und Übertragbarkeit zu evaluieren, damit anschließend über eine mögliche Ausweitung entschieden werden kann.

Kultur

Kulturförderung

Wir bekennen uns zur kulturellen Vielfalt in der Region Hannover und zur Bedeutung von Kunst und Kultur für gesellschaftliche Teilhabe, Lebensqualität und demokratischen Zusammenhalt. Kultur ist als Bestandteil der regionalen Daseinsvorsorge zu stärken und die Kulturförderung ist langfristig zu sichern.

Dafür sind die bestehenden Strukturen der regionalen Kulturförderung zu optimieren. Eine verlässliche und planbare Finanzierung der regionalen Kulturförderung ist anzustreben. Ziel ist es, die kulturelle Infrastruktur auch unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen zu sichern und

gezielt weiterzuentwickeln. Außerdem ist das kulturelle Erbe der Region Hannover wie Archive, Sammlungen und kulturelle Einrichtungen zu bewahren.

Die Leistungen von Künstler*innen und kulturellen Initiativen in der Region Hannover sind zu würdigen und in geeigneter Form in ihrer öffentlichen Anerkennung zu stärken. Über die Weiterentwicklung bestehender Auszeichnungsformate, einschließlich eines möglichen regionalen Kulturpreises, werden wir im Rahmen der zuständigen Gremien und unter Berücksichtigung der finanziellen Rahmenbedingungen beraten.

Hörregion Hannover

Die Hörregion setzt neue Standards: Als Vorreiterin in Deutschland bringt sie das Thema gutes Hören in das Bewusstsein der Bevölkerung. Die Kooperation von Gesundheitswirtschaft und Kultur hat ein außergewöhnliches Format hervorgebracht, das nicht nur alle paar Jahre verlängert werden sollte, sondern fest in der Region Hannover verankert werden muss.

Erinnerungskultur und Stärkung der Demokratie

Gedenkstätte Ahlem

Wir stärken die Gedenkstätte Ahlem als zentralen Ort der Erinnerungskultur und politischen Bildung, indem wir die Finanzierung sicherstellen. Um die Bildungs- und Vermittlungsangebote der Gedenkstätte weiterzuentwickeln, wird eine bedarfsgerechte personelle Verstärkung in Betracht gezogen.

Der Verein zur Errichtung eines Mahnmals für die während des Holocaust ermordeten Sinti und Roma wird unterstützt, soweit dies nötig und möglich ist.

Die historisch-politische Bildung und die Auseinandersetzung mit Ausgrenzung, Antisemitismus und Demokratiefeindlichkeit soll altersgerecht ermöglicht werden. Hierfür wird die Entwicklung geeigneter pädagogischer Angebote der Gedenkstätte Ahlem unterstützt und werden die Voraussetzungen für deren Umsetzung geprüft. Dabei wird besonderer Wert auf eine sensible, altersangemessene Vermittlung und die Zusammenarbeit mit Schulen gelegt.

Haus der Religionen

Das Haus der Religionen besitzt für die Region und über deren Grenzen hinaus eine große Bedeutung und leistet wichtige Arbeit, die wir weiter fördern wollen.

Demokratieregion

Wir bauen die Demokratieregion Hannover aus und stärken die Vernetzung von Schulen, Gedenkstätten und Zivilgesellschaft zur Förderung demokratischer Bildung. Die Region Hannover ist als starke und vielfältige Demokratieregion weiterzuentwickeln. Wir setzten uns für eine lebendige Erinnerungskultur, demokratische Beteiligung und eine entschlossene Auseinandersetzung mit Antisemitismus, Rassismus und demokratiefeindlichen Entwicklungen ein. Bestehende Angebote und Netzwerke sollen besser miteinander verknüpft und ihre Reichweite erhöht werden.

Sport

Wir stehen mit voller Überzeugung hinter dem organisierten Sport und den tragenden Verbänden Regions- und Stadtsportbund. Sportvereine sind unverzichtbare Orte des gesellschaftlichen Zusammenhalts, der Integration und der Gesundheitsförderung. Sie bringen Menschen zusammen, vermitteln Werte und zeigen jeden Tag, was ehrenamtliches Engagement bewegen kann, deshalb unterstützen und fördern wir diese auch in Zukunft.

e.coSport

Wir setzen uns dafür ein, das erfolgreiche Förderprogramm e.coSport fortzuführen. Sportvereine sollen auch künftig bei der energetischen Sanierung ihrer Sportstätten unterstützt werden. Die Regionsverwaltung hat zu prüfen, wie das Programm bedarfsgerecht weiterentwickelt werden kann und die Fördermöglichkeiten möglichst unbürokratisch gestaltet werden können.

Abfallwirtschaft

Wir wollen gemeinsam mit der Abfallwirtschaft Region Hannover (aha) die notwendigen Veränderungen der Zukunft positiv ausgestalten und konstruktiv begleiten. Für uns ist wichtig, dass aha seine Leistungen auf hohem qualitativem Niveau anbietet. Dabei ist uns die Zufriedenheit der Nutzenden sowohl Anliegen als auch Maßstab.

Wertstoffhofkonzept

Wir wollen weiterhin eine flächendeckende Versorgung, müssen aber klar kommunizieren, dass es nicht in jeder Kommune einen Wertstoffhof geben kann. Maßstab ist, dass die Entfernungen zumutbar sind. Barrierefreiheit ist wichtig, genauso wie ausreichend Platz für die verschiedenen Abfallarten. Die künftigen Wertstoffhöfe müssen den neuen Anforderungen Rechnung tragen.

Zugangskontrollen sind wichtig, um die Anlieferung von Gewerbe zu verhindern und „Mülltourismus“ zu vermeiden. Eine 24/7 -Anlieferung soll an ausgewählten Standorten erprobt werden.

Kreislaufwirtschaft

Die Zahl der unterschiedlichen Abfallarten steigt weiter an. Wir wollen diesen Weg gemeinsam weitergehen und aus der Verwertung das Bestmögliche herausholen. Durch Wiederverwertung machen wir uns unabhängiger von Entwicklungen auf dem Weltmarkt. Im Sinne des Gebührenhaushaltes ist dies ebenfalls unterstützenswert.

Digitalisierung der Müllabfuhr

Die Digitalisierung und die Kund*innenfreundlichkeit der Müllabfuhr sind ist Bestandteil des Zukunftskonzeptes von aha.

Zurzeit wird geprüft, inwiefern Mülltonnen mit Chips ausgestattet werden können, die die Müllmenge erfassen, um bei der Gebührenerhebung die tatsächlich aufgekommene Müllmenge zu berücksichtigen. Diesen Prozess werden wir begleiten. Die Machbarkeit wird überprüft und begleitet.

Grüngutannahmestellen

Wir wollen uns mit dem Thema Organisation und zukünftige Konzeption der Grüngutannahmestellen auseinandersetzen.

Zukunftskonzept 2035

Es soll eine Veranstaltung mit Politik und aha zur Überprüfung des Zukunftskonzepts 2035 durchgeführt werden.

Feuerwehren und Bevölkerungsschutz

Unsere Freiwilligen Feuerwehren leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Sicherheit in der Region Hannover. Die drei Feuerwehrtechnischen Zentralen (FTZ) in der Region Hannover stellen sicher, dass die örtlichen Wehren vernünftig arbeiten können.

Mit dem beschlossenen Neubau der FTZ Ronnenberg wird ein längst überfälliger Schritt hin zu einer modernen Infrastruktur gemacht. Auch die FTZ Burgdorf muss zeitnah saniert oder neu gebaut und gemeinsam mit der FTZ Neustadt kontinuierlich modernisiert werden.

Wir streben die Entwicklung eines aktuellen Feuerwehrbedarfsplans und die Weiterentwicklung des Fahrzeugkonzeptes in der Region Hannover an.

Die Stärkung des Zivil- und Katastrophenschutzes bleibt eine zentrale Aufgabe unserer Regionspolitik. Starkregen, Hochwasser und andere Gefahrenlagen verdeutlichen, wie wichtig eine gute Vorbereitung und funktionierende Abläufe im Ernstfall sind. Wir setzen uns deshalb für regelmäßige Katastrophenschutzübungen, eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur sowie eine engere Zusammenarbeit zwischen den Kommunen, Hilfsorganisationen und der Region Hannover ein. Die Auflegung eines Bevölkerungsschutz-Fonds für Kommunen wird geprüft. Eine denkbare Maßnahme wäre es, den Bevölkerungsschutz zur Unterstützung der Regionskommunen haushälterisch zu verankern.

Hannover, den 16. November 2026

Leyla Hatami
Vorsitzende
SPD-Unterbezirk
Region Hannover

Bernward Schlossarek
Vorsitzender CDU-Regionsverband
Hannover und Vorsitzender
CDU-Fraktion in der Region Hannover

Silke Musfeldt/Victoria Schwertmann
Vorsitzende
Regionsverband Hannover
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Regina Hogrefe
Vorsitzende
SPD-Regionsfraktion Hannover

Sinja Münzberg
Vorsitzende
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Region Hannover